

"Auf den Westen kommt es an" in Die Zeit (17 November 1989)

Quelle: Die Zeit. 17.11.1989, Nr. 47. Hamburg: Zeitverlag Gerd Bucerius. <http://www.zeit.de/1989/47/Auf-den-Westen-kommt-es-an?page=all>.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"auf_den_westen_kommt_es_an"_in_die_zeit_17_november_1989-de-36112e61-aafb-4df8-a249-228e8a6d926a.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 05/12/2012

Auf den Westen kommt es an

Chaos oder Aufbau einer neuen Welt – das ist jetzt die Frage

Es heißt immer, in Deutschland hätte nie eine Revolution stattgefunden - wobei vergessen wird, daß eine der großen europäischen Revolutionen in eben diesem Land begonnen hat: Martin Luthers Reformation. Dieselben Kritiker haben stets behauptet, die Deutschen seien unfähig, eine Revolution zu machen - aber stimmt das eigentlich?

Sind wir nicht heute Zeuge, wie auf den Straßen der DDR entschlossen und besonnen, ohne Blutvergießen und ohne Gewalt, umwälzende Veränderungen erzwungen werden, die zu erkämpfen jenen nicht gelang, die sich während Jahrzehnten auf eine Politik der Stärke verließen? Noch bei keiner Revolution der Geschichte war die Kosten-Nutzen-Relation - wenn man denn diesen zwar kommerziellen, aber sinnvollen Maßstab anlegen darf - so einmalig günstig, so optimal wie in diesen Wochen in Berlin, Leipzig, Dresden. Die Revolution in der DDR setzt auf ihre Weise fort, was bei den Nachbarn in Polen und Ungarn begann und was in all diesen Ländern dank Gorbatschows neuer Weltsicht möglich geworden ist. Die Initialzündung ging unzweifelhaft vom Osten aus. Sie ging vom Osten aus, aber sie verändert in einem rasanten, säkularen Blitzprozeß ganz Europa, vielleicht schließlich sogar die Welt.

Für die meisten von uns war Geschichte bislang das, was Historiker in Büchern verzeichnet haben. Heute erleben wir, wie das Rohmaterial der Geschichte vor unseren Augen entsteht. Ton in des Töpfers Hand könnte es sein - aber wo ist der Meister, der mit Phantasie und Kreativität dieses Material zu formen hilft? Manchmal möchte man meinen, daß viele der sogenannten Staatsmänner im Westen die Bedeutung dessen, was heute vor sich geht, noch nicht begriffen haben.

Wir nähern uns dem Ende eines Jahrhunderts, das von unvergleichlichen Katastrophen gezeichnet war: Zwei Weltkriege, der Holocaust, Hiroshima, Hitler, Stalin ... Es scheint, als sei inzwischen an die Stelle von Ideologien, Dogmen und Emotionen endlich etwas mehr Pragmatismus getreten. Es wäre durchaus möglich, da sich jetzt die großen Hoffnungen der letzten Jahrzehnte erfüllen. Es besteht aber auch die Gefahr, daß alles zusammenbricht, weil man sich im Westen nicht zu umfassenden Hilfeleistungen entschließen kann. Eine neue Welt könnte geschaffen werden, aber es fehlt der Herr der Schöpfung. Im Westen neigt man dazu, mit Befriedigung auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Kommunismus zu blicken, und sieht allein schon darin den Beweis der eigenen Überlegenheit. Aber es kann doch wohl nicht sein, daß höheres Sozialprodukt, höhere Zuwachsraten und Pro-Kopf-Einkommen die einzig wichtigen Maßstäbe sind. Es darf doch nicht sein, daß die Befriedigung, auf diesem Gebiet gesiegt zu haben, das Gespür für die Bedeutung historischer Veränderungen und das Bewußtsein für die eigene Verantwortung einfach auslöscht.

Man hat den Eindruck, daß manchen Regierungen im Westen der eigene Lebensstandard so lieb und teuer geworden ist, daß sie mit der Begründung „Erst mal sehen, wie es bei den Osteuropäern weitergeht“ die Hilfe verzögern, ohne die jene den Reformprozeß nicht durchhalten können, der ihnen Freiheit und Demokratie bringen soll. Wie anders wäre sonst zu erklären, daß das Königreich Großbritannien für Polen, von dessen Genesung nach Jahrzehnten kommunistischer Mißwirtschaft doch das Schicksal Europas - übrigens auch das Gorbatschows - abhängt, nur 25 Millionen Pfund auf fünf Jahre verteilt für den Know-how-Fonds zur Verfügung stellt? (Dieser Betrag entspricht einem Fünftel dessen, was die Stadt Hamburg mit 316 Millionen Mark für ihre Müllabfuhr ausgibt.) Oder, daß Präsident Bush bei seinem Besuch in Warschau - wohlgermerkt nach den dortigen Wahlen, also nach dem Sieg der christlichen Opposition über die kommunistische Partei ganze hundert Millionen Dollar zugesagt hat, zuzüglich vier Millionen technischer Hilfe und fünfzehn Millionen für ein Umweltschutzprogramm? Bush hielt eine sehr warmherzige Rede voll hoher und hehrer Beschwörungen, aber die materiellen Zusagen waren armselig.

Polen hat eine Milliarde Dollar westlicher Wirtschaftshilfe zur Stabilisierung der neuen Regierung erbeten. Daraufhin hat der Präsident für diesen Zweck 200 Millionen vom Kongreß gefordert. Diese Summe erschien selbst dem Kongreß so unverhältnismäßig niedrig, daß er sie erhöhen will. Der demokratische Senator George Mitchell stellte angesichts der vielen Bedenken fest: „Es scheint, daß die Regierung sich nach dem Kalten Krieg geradezu zurücksehnt.“

Robert Mosbacher, Amerikas Handelsminister, erklärte noch im Oktober, ehe nicht mehr Beweise für den Erfolg Polens und Ungarns vorliegen, solle die Nato die Exportbedingungen für technologische Güter nicht lockern; der stellvertretende Außenminister Eagleburger lehnte sogar Garantien für private Investitionen ab (für die Bonn drei Milliarden Mark zur Verfügung stellt); er macht sich Sorgen, die europäischen Nato-Partner könnten einander in dem Versuch - überbieten", Gorbatschow bei seinen Reformen zu helfen. Dies aber sei nicht die Aufgabe der westlichen Außenpolitik: „Unsere Aufgabe ist es, eine Politik zu entwerfen, die unseren Interessen dient - gleichgültig, ob Gorbatschow Erfolg hat oder untergeht.“ Noch im Mai dieses Jahres nannte der Sprecher des Weißen Hauses Michail Gorbatschow abschätzig einen *drugstore cowboy*: „Alles Geschwätz und keine Taten.“ (*All talk and no delivery.*) Der famose Vizepräsident Quayle schließlich erklärte vor ein paar Wochen: „Sollen die (gemeint waren Polen und Ungarn) sich doch selbst reformieren.“ Einzig Außenminister Baker scheint die historische Gelegenheit zu erkennen.

Es wird Zeit, daß die Europäische Gemeinschaft die Gelegenheit beim Schöpfe packt schließlich geht es um Europas Zukunft. Es ist sehr verdienstvoll, daß Präsident Francois Mitterrand kurz entschlossen den Europäischen Rat der zwölf EG-Regierungschefs noch vor dem Treffen Bush/Gorbatschow am 23. Dezember zusammengerufen hat. Es geht nicht an, daß die alten Supermächte über Europa entscheiden, ohne daß Europa dabei zu Worte kommt.

Mitterrand sollte dem Europäischen Rat ein Hilfsprogramm zur wirtschaftlichen Erneuerung vorschlagen und zum Beschluß führen. Darin muß die EG all denjenigen Staaten im Osten Europas, welche sich auf den Weg der Reform und des politischen Pluralismus begeben haben, eine einmalige, auf drei Jahre sich erstreckende Hilfe anbieten. Gegenwärtig kommen nur Polen und Ungarn als Empfänger in Betracht. Aber sofern im Laufe des Jahres 1990 hoffentlich auch die DDR zu freien Wahlen und damit zum politischen Pluralismus übergeht, muß das Angebot auch für sie gelten; und gegebenenfalls für die CSSR.

Die wichtigsten Elemente könnten sein:

1. Zuwendungen und langfristige, niedrig verzinsliche Kredite in der Gesamthöhe von bis zu fünf Milliarden Ecu (etwa zehn Milliarden Mark), und zwar drei Jahre lang, das heißt: insgesamt bis zu fünfzehn Milliarden Ecu. Federführung bei der EG in Brüssel, entweder bei der Kommission oder bei einer dafür *ad hoc* zu schaffenden Agentur.
2. Sofortige Einleitung einer langfristigen Konsolidierung - bei weitgehendem Erlaß - der alten Hartwährungsschulden, unter Federführung der EG.
3. Kredite und Zuwendungen sollen den Empfängerstaaten projektgebunden gegeben werden. Zu diesem Zweck wird in jedem Empfängerstaat ein Investitions-Kreditinstitut bestimmt, bei dem die Einzelentscheidung hegt. Die EG-Kommission behält sich ein Kontrollrecht über die Verwendung vor - ähnlich wie bei ODA-Krediten. Diese Kredite sind in Landeswährung, nicht in Ecu, an das Investitions-Kreditinstitut zurückzuzahlen. Das Institut wird aus diesen Rückflußmitteln erneut Investitionskredite (in Landeswährung) vergeben - ähnlich wie vor vierzig Jahren bei den Marshallplan-Mitteln (ERP-counterpart funds) geschehen.
4. Ein begrenzter Betrag kann für Nahrungsmittelhilfe im Winter 1989/90 verwendet werden.
5. Alle zwölf EG-Staaten beteiligen sich an der Finanzierung, die hochindustrialisierten Staaten und besonders die Bundesrepublik in überproportionalem Ausmaß.
6. Die USA, Japan, Kanada und die europäischen Efta-Staaten (vor allem Schweden, Schweiz, Österreich und Norwegen) werden zur Beteiligung eingeladen.
7. Neben der Finanzhilfe ruft die EG die privatwirtschaftlichen Unternehmen zu weitgehender Beteiligung auf: *Joint-ventures*, zu 49 Prozent im Eigentum der westeuropäischen Partner, aber zu 51 Prozent im Eigentum der Institutionen und Firmen der Empfängerstaaten, um deren Angst vor Überfremdung zu

begegnen.

8. Daneben private Angebote zu kurzfristigen Volontariaten von osteuropäischen Managern und Gewerkschaftern in westeuropäischen Firmen et cetera.

Solange die Sowjetunion immer noch große Teile ihres Sozialprodukts für militärische Zwecke verwendet, kommen für sie lediglich normale, nicht subventionierte privatwirtschaftliche Kredite in Betracht. Für Gorbatschow ist die Verringerung des sowjetischen Militäraufwandes ein entscheidend wichtiger Schlüssel zum ökonomischen Erfolg von Perestrojka. Und an Gorbatschows Erfolg hängt der Erfolg der Reformprozesse in den anderen Staaten Osteuropas. Deswegen ist heute vertragliche Abrüstung dringend geboten; die Chancen dafür sind dank der Präjudizien des INF-Vertrages heute größer als jemals.

Für Präsident Bush und Präsident Gorbatschow muß bei ihrem Mittelmeer-Treffen ein Appell des Europäischen Rates auf dem Tisch liegen. Mitterrand sollte im Auftrag des Rates die beiden Präsidenten auffordern, ihre Verhandlungen über die drei Verträge zur konventionellen, chemischen und nuklear-strategischen Rüstungsverminderung so zu beschleunigen, daß sie vor Ende des Jahres 1990 unterschrieben werden können.

Natürlich müssen die Abrüstungsverträge im Ergebnis das militärische Gleichgewicht wahren. Natürlich muß Gorbatschow sich sicher fühlen können, daß der Westen nicht eine Auflösung des Warschauer Paktes bezweckt. Und ebenso natürlich müssen wir darauf achten, die Atlantische Allianz intakt zu lassen. Denn weder Ost noch West können wissen, wie es auf mittlere Sicht dann weitergehen wird, wenn die geschichtliche Chance zu Reform und Abrüstung ungenutzt verpaßt werden sollte. Die Frage nach den Möglichkeiten eines späteren gemeinsamen Daches für die beiden Teile des deutschen Volkes kann dabei gegenwärtig offenbleiben; denn die Menschen in der DDR haben einstweilen andere, weit drängendere Sorgen.

Mit Unentschlossenheit, mit kleinlichem Krämergeist und spießbürgerlichen Horizonten lassen sich die derzeitige Weltsituation und ihre einzigartigen Chancen nicht nutzen. Franz Josef Strauß würde mit Spott und Verachtung von den Mickymäusen sprechen, die in den westlichen Kabinetten an den Akten nagen. Wir hatten uns die westliche Feuerkraft - Feuerkraft des Geistes, nicht der Raketen - wahrlich anders vorgestellt: kühn planend, großzügig zupackend, wenn es einmal soweit ist, und vor allem zutiefst motiviert von der Überzeugung, es gehe uns um Menschenrechte, Freiheit und Pluralität, weil der Westen sich dem Menschenbild humaner, toleranter Demokraten verpflichtet fühlt. Aber ist dies heute wirklich das Bild, das wir den Menschen im Osten bieten, die am Rand des wirtschaftlichen Abgrunds um das Überleben ihrer Reformen kämpfen?

Jedes System hat seine eigenen Anfechtungen. Im Osten war es der Mißbrauch unbegrenzter Macht. Im Westen scheint es der Egoismus des Wohlstands zu sein, nach dem Motto: „Laßt die drüben selbst zusehen, daß sie mit ihren Problemen fertig werden, wir haben es jedenfalls richtig gemacht.“ Wenn wir - der Westen insgesamt die Chance nicht wahrnehmen, und zwar rasch wahrnehmen, wird die Reform im Osten Europas zuschanden werden. Was für eine Verantwortung! Sind wir uns eigentlich klar darüber?